
8644/AB XXIV. GP

Eingelangt am 09.08.2011

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Inneres

Anfragebeantwortung

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag.^a Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

GZ: BMI-LR2220/0602-II/BK/3.2/2010

Wien, am . Juli 2011

Der Abgeordnete zum Nationalrat Vilimsky und weitere Abgeordnete haben am 9. Juni 2011 unter der Zahl 8732/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Experten-Tagung des Bundeskriminalamtes" gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

An der Tagung nahmen Vertreter aus folgenden Ländern/Organisationen teil:

- | | |
|----------------------------|---|
| Bundesrepublik Deutschland | <ul style="list-style-type: none">• Bundeskriminalamt Wiesbaden• Landeskriminalamt Nordrhein Westfalen• Landeskriminalamt Baden Württemberg• Landeskriminalamt Hamburg• Bayrisches Landeskriminalamt• Polizeipräsidium Düsseldorf• Verbindungsbeamtin des BKA Wiesbaden in Wien |
| Schweiz | <ul style="list-style-type: none">• Bundeskriminalpolizei Bern• Kantonspolizei St. Gallen |
| Liechtenstein | <ul style="list-style-type: none">• Kriminalpolizei Vaduz |
| Belgien | <ul style="list-style-type: none">• Föderale Polizei Belgien |

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Niederlande	• Nationales Expertisezentrum Zoetermeer
Luxemburg	• Polizei Luxemburg
Ungarn	• Polizeipräsidium Győr-Sopron-Moson
Europol	• Leiter des Nationalen Desk Austria • Manager eines Europol-Projektes betreffend die Bekämpfung von Einbruchskriminalität
Österreich	• Bundeskriminalamt Wien <ul style="list-style-type: none"> ○ Büro 3.2 - Raubkriminalität und Arbeitsgruppe Raub
	• Landeskriminalämter <ul style="list-style-type: none"> ○ Vertreter der Ermittlungsbereiche „Raub“ der Landeskriminalämter ○ Vertreter des Fachbereiches „Gewaltdelikte“ der Stadtpolizeikommanden Innsbruck, Salzburg, Linz und Graz
	• österreichische Verbindungsbeamtin in Bukarest

Zu Frage 2:

Behandelt wurden folgende Themen:

- Raubüberfälle auf ältere Personen nach Geldbehebungen in Geldinstituten;
- Raubüberfälle im In- und Ausland, vorwiegend begangen durch Täter aus Ex – Jugoslawien und Rumänien;
- Raubüberfälle auf Juweliere mit Zielrichtung der Erbeutung hochwertiger und hochpreisiger Markenuhren;
- Raubüberfälle im Rotlichtmilieu durch „KO-Tropfen“ (Erkenntnisse des Bundeskriminalamtes Wiesbaden);
- Lage und Erkenntnisse in den benachbarten Ländern zu diesen Deliktsformen sowie Erkenntnisse und Ermittlungsstände von Ermittlungskommissionen in europäischen Ländern zu den genannten Bereichen;
- Lagebericht des Bundeskriminalamtes betreffend schwerer und internationaler Raubkriminalität;
- Vorgangweisen in der Zusammenarbeit zwischen Bundeskriminalamt und den Landeskriminalämtern auf nationaler und internationaler Basis;
- Tätigkeitsbericht der AG Raub.

Zu Frage 3:

Neben der Festlegung/Vereinbarung weiterer Vorgangsweisen in konkreten Ermittlungsfällen konnten noch während der angeführten Tagung folgende operative Ergebnisse erzielt werden:

- Klärung einer schweren Straftat (Home Invasion - schwerer Raub in Wohnung mit massiver Gewaltanwendung im März 2011 in Wien) und Festnahme von vier Tatverdächtigen durch die belgischen Behörden .

- In Zusammenarbeit mit der Bundeskriminalpolizei Bern Sicherstellung einer bei einem Raubüberfall auf einen Juwelier in Wien geraubten, hochpreisigen Markenuhr.

Zu den Fragen 4 bis 7:

Ja. Es gab Anregungen hinsichtlich der Phänomene Diebstahl, Einbruch und Sprengung von Geldausgabeautomaten; auch wurde die Intensivierung der Zusammenarbeit der betroffenen Länder und des Coachings von Europol vereinbart.

Zu Frage 8:

Der Bereich „Rotlichtmilieu“ war kein Kernthema der Tagung. Seitens des Bundeskriminalamtes Wiesbaden wurde das derzeit nur in Deutschland auftretende Phänomen des Raubes durch Verabreichung von „KO-Tropfen“ im Rotlichtmilieu und anschließender missbräuchlicher Verwendung von Kreditkarten der Geschädigten vorgestellt.

Zu den Fragen 9 bis 12:

Nein.

Zu den Fragen 13 und 14:

Ja.

Zu Frage 15:

Das Projekt „I-Phone – Ortung“ von Smartphones nach Raubüberfällen und Diebstählen wird umgesetzt werden.